



**Amt der  
Stadtverordnetenversammlung**

Schlossplatz 6\*  
65183 Wiesbaden  
Sachbearbeiter: Johannes Baldus  
Zimmer Nr.: 117  
Telefon: 0611 31-3738

**Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 20. Dezember 2023**

**1. Absetzungen von der Tagesordnung:**

keine

**2. Umsetzungen auf die Tagesordnung I**

TO II TOP 2.42            23-V-37-0010 Kernsanierung Feuerwache 1 inklusive Auslagerung  
auf Antrag der Fraktion CDU

**3. Anträge, Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen**

TO I TOP 7:

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke  
und Volt (23-V-66-0228 Lärminderungskonzept Innenstadt - Finanzmittelfreigabe  
für Tempo 30/40)

TO I TOP 8:

Antrag der Fraktion Die Linke zu TO II TOP 31 "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld -  
Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich aktualisierter Kosten- und Finanzierungsübersicht"

TO I TOP 9:

Änderungsantrag FWG/Pro Auto  
(23-V-20-0035 - Haushaltsplan 2024/2025 - Beschlüsse der Haushaltssatzung)  
Haushaltssatzung § 5 Absatz 2- Senkung der Gewerbesteuer

Persönliche Erklärungen der Stadtverordneten Küpper und Maritzen zu TO I TOP 8  
(SV 23-V-61-0061 - Ostfeld)

#### 4. Protokollerklärungen und Abstimmungsverhalten

Es liegen Protokollerklärungen von CDU, FDP, AfD, Die Linke und BLW/ULW/BIG vor (s. Anlagen).

##### Allgemeine Hinweise

*Jeder/jede Mandatsträger/in ist zu jedem Punkt verpflichtet zu prüfen, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Ist diese Möglichkeit gegeben, so ist dies anzuzeigen und der Sitzungssaal zu verlassen. Eine Teilnahme als Zuhörer/ZuhörerIn ist nicht zulässig. Zu den Bauleitplanungen kann im Amt der Stadtverordnetenversammlung Einsicht in die entsprechenden Pläne genommen werden.*



An den Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 19. Dezember 2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP I.7 (23-V-66-0228 Lärminderungskonzept Innenstadt - Finanzmittelfreigabe für Tempo 30/40) der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2023

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Beschlussfassung der Sitzungsvorlage 23-V-66-0228 wird wie folgt geändert:

1. bleibt
  - 1.1. bleibt
  - 1.2. bleibt
2. Es wird beschlossen:
  - 2.1. **NEU:** Für die Markierung und Beschilderung werden Mittel i.H.v. 150.000 Euro zum Haushalt 2024 zugesezt und aus Überleitungsmitteln finanziert. Die Mittel werden grundsätzlich genehmigt und freigegeben. Um den notwendigen Gesundheitsschutz für die Bevölkerung schnellstmöglich umzusetzen, darf die Maßnahme vorab der Genehmigung des Haushaltes 2024 durch die Aufsichtsbehörde und der öffentlichen Auslegung begonnen werden.
  - 2.2. **NEU:** Mittel für die Evaluierung und gegebenenfalls Mehrkosten für die Markierung und Beschilderung werden zum Haushalt 2025 angemeldet.
  - 2.3. **NEU:** Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt auf der Kostenstelle 15000181 „Gemeindestraße Wiesbaden“ (mit KA 616650)
  - 2.4. Punkt streichen



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
RATHAUSFRAKTION WIESBADEN



FRAKTION  
**SPD**



**Die Linke**  
Stadtfraktion  
Wiesbaden



**Volt**  
Fraktion  
Wiesbaden

**Gesine Bonnet/Felix Kisseler**  
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

**Silas Gottwald**  
Fraktionsvorsitzender, SPD

**Ingo von Seemen**  
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

**Janine Maria Vinha**  
Fraktionsvorsitzende, Volt

**Felix Kisseler**  
Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

**Silas Gottwald**  
Fraktionsgeschäftsführer, SPD

**Jasper Klos**  
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

**Sascha Kolhey**  
Fraktionsgeschäftsführer, Volt

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herr Dr. Gerhard Obermayr  
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 19. Dezember 2023

Antrag der Fraktion Die Linke zu TO II TOP 31 "Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld - Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich aktualisierter Kosten- und Finanzierungsübersicht" der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2023

**Planung für die SEM Ostfeld/Kalkofen einstellen!**

*Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:*

Es wird zur Kenntnis genommen,

- 1) dass die zur Bebauung vorgesehenen Flächen nach klimatologischen Untersuchungen als wichtige Flächen der Kaltluftproduktion in heißen Sommernächten und des Kaltlufttransports in benachbarte Wohngebiete von Bebauung freizuhalten sind.
- 2) dass angesichts zunehmend häufigeren heißen Sommertagen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der Klimaschutz und die Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz eine wachsende Bedeutung erhält.
- 3) dass die neue Prognose des Hessischen Statistischen Landesamts davon ausgeht, dass die Bevölkerung in Wiesbaden in den nächsten Jahren aufgrund des Sterbeüberschusses ab 2025 kontinuierlich abnimmt und die Begründung, das Bevölkerungswachstum erfordere zusätzlichen Wohnungsbau in fünfstelliger Dimension, wissenschaftlich nicht haltbar ist.
- 4) dass mit der geplanten Bebauung des Bereichs Ostfeld/Kalkofen nach der Zerstörung von landwirtschaftlich oder gartenwirtschaftlich genutzten Flächen in ganz erheblichem Umfang in den letzten und in den nächsten Jahren ein weiterer problematischer Eingriff in die Grundlage lokaler Nahrungsmittelversorgung und in den Artenschutz erfolgen würde.
- 5) dass davon ausgegangen werden muss, dass mit den gegen die SEM Klagenden keine gütliche Einigung erfolgen wird und mit einem langen juristischen Weg durch die Instanzen gerechnet werden muss.

- 6) dass die von der SEG im Juli 2023 erstellte Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) von - zumindest mittlerweile - völlig unrealistischen Annahmen wie z.B. einer Baukostensteigerung von 2 ¼ % pro Jahr ausgeht.
- 7) dass die Haushaltslage für die nächsten Jahre absehbar schwierig bleibt und bereits zu Diskussionen um sehr schmerzhaft eingeschränkte soziale Leistungen und ökologisch dringender Projekte führt.
- 8) dass angesichts dieser Haushaltslage ein geplantes Defizit durch die SEM Ostfeld/Kalkofen für den städtischen Haushalt in dreistelliger Millionenhöhe nicht vertretbar ist und auch Millionenbeträge bereits für die Vorbereitungen dringend an anderer Stelle einzusetzen sind.
- 9) dass seit Jahren in Frage steht, inwieweit die geplanten Bebauungen angesichts des benachbarten Militärflugplatzes aufgrund der vorhandenen Sicherheitsvorschriften und Lärmbelastungen überhaupt möglich sind und dass laut BImA die US Army davon ausgeht, dass das notwendige Lärmgutachten zum Ergebnis haben wird, dass die Planungen mit dem Flugbetrieb unvereinbar sind und die US Army in keiner Weise bereit ist, ihren Flugbetrieb aufgrund einer möglichen Bebauung einzuschränken.
- 10) dass die nach fachwissenschaftlicher Expertise schon zu Beginn der Planungen festgestellte sowie jetzt rechtlich bindende Vorgabe, eine Schienenanbindung auch für das geplante Wohngebiet vor Bezug einzurichten, völlig ungelöst ist.
- 11) dass die vorgesehene Schienenanbindung eine Linienführung erfordert, die u.a. die Autobahn queren und erhebliches Gefälle überwinden müsste, was zu sehr hohen Investitionskosten führen würde, die voraussichtlich ganz wesentlich von der Stadt zu tragen wären und nicht in der „KoFi“ enthalten sind.

*Der Magistrat möge*

die Planungen und Vorbereitungen für die SEM Ostfeld/Kalkofen umgehend einzustellen. Die bisherigen Beschlüsse (Nr. 0231 (2017), 0269 (2015) und 0294 (2014)) zur SEM Ostfeld werden hiermit aufgehoben.

**Ingo von Seemen**  
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

**Jasper Klos**  
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

1/9



Schloßplatz 6  
65183 Wiesbaden  
fraktion@fwg-proauto.de  
<https://fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de>

Fraktion FWG Pro Auto, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16

Wiesbaden, den 19.12.2023

**FWG/Pro Auto: Änderungsantrag zu TO I / TOP 9 – 23-V-20-0035  
Haushaltsplan 2024/2025 – Beschlüsse der Haushaltssatzung  
Haushaltssatzung § 5 Absatz 2– Senkung der Gewerbesteuer**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

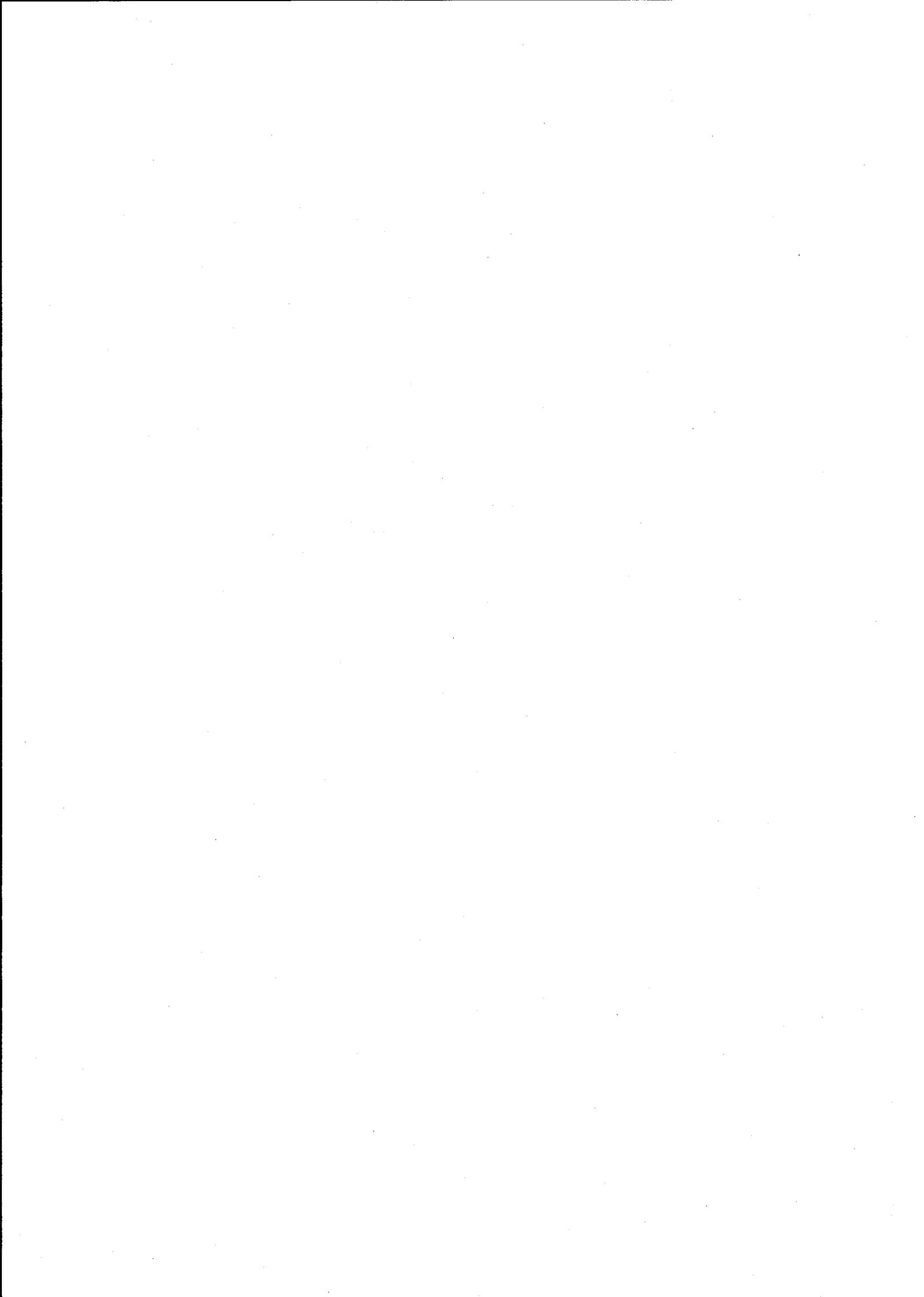
Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird mit Wirkung vom 01.01.2024 auf  
440 von Hundert festgesetzt.

Der in § 5 Nr. 2 des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr  
2024 wird entsprechend geändert.

Mit freundlichen Grüßen

**Petermartin Oschmann**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender

**Andreas Ott**  
Fraktionsgeschäftsführer



**Persönliche Erklärung der Stadtverordneten Konstanze Küpper zur SV 23-V-61-0061 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Ostfeld" – Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich Kosten- und Finanzierungsübersicht (TOP I.8 StaVo 20.12.23)**

Die SV mit dem Sachstandbericht 2022/2034 und Anlage zur SEM Ostfeld vermittelt nach dem Bericht im letzten Jahr erneut kein vollständiges Bild und überspielt mögliche Risiken dieses Projektes für die LHW.

1. Das Defizit ist binnen nur eines Jahres um 66% oder 75 Mio. Euro auf nunmehr 188 Mio. Euro gestiegen. Das zu finanzierende Defizit des Projektes liegt noch weit höher: In der KoFi werden die Kosten der Entwässerung mit mehr als 30 Mio. Euro nunmehr herausgerechnet und der ELW als Entsorgungsbetrieb zugeschrieben, wobei die Höhe dieser Investitionen weder nachvollziehbar erklärt wird noch die Folgen für den Gebührenhaushalt der ELW bzw. die künftigen Grundstückseigentümer dargestellt werden.
2. Aus dem Haushalt der LHW lässt sich nicht entnehmen, welche Rückstellungen für schwebende Geschäfte und / oder für Verbindlichkeiten nach §249 Abs. 1 S. 1 HGB gebildet werden. Die Gefahr besteht, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt schlagartig drastisch reduzieren wird.
3. Obwohl im Rahmen des europaweiten Wettbewerbs zahlreiche Flächen definiert werden, die für die Infrastruktur oder sonstige Einrichtungen im Stadtquartier (AZH, Schulen, KITA, Sport, Nachversorgung, Energie, Bibliothek, Entwässerung, Trinkwasseraufbereitung, Verkehr, ökologisches Leitbild etc.) freigehalten werden sollen und damit nicht zur Bebauung mit Wohnungen zur Verfügung stehen, geht aus der KoFi nach wie vor nicht hervor, mit welcher „vermarktbarer Nettobaulandfläche“ zu rechnen ist. Im Gegenteil bleibt es bei einer Bruttobaulandfläche von 67,5 ha und einer Einwohnerzahl von 10.000. Dabei müssten zwingend die Fluglärmschutzzonen berücksichtigt werden, die auf die Größe der Baulandfläche nach ersten Berechnungen einen erheblichen Einfluss haben werden. Insofern ist die Höhe der Einnahmen mit einem preisbedingten Rückgang von nur 5 Mio. Euro gegenüber 2022 auf nur noch 653,2 Mio. Euro nicht ausreichend erklärt. Ohne eine Berechnung der für den Wohnungsbau verfügbaren Flächen sowie einer an die aktuelle Bevölkerungsentwicklung angepasste Wohnraumbedarfsanalyse bleibt auch die Frage, wie im Stadtquartier bezahlbarer Wohnraum für 10.000 Menschen geschaffen werden soll, unbeantwortet und wird mit erheblichem finanziellen Risiko weiter in die Zukunft verschoben.
4. Neben dem gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Gutachten zu den Fluglärmschutzzonen fehlen Gutachten zum Artenschutz und zur Existenzsicherung der Landwirte sowie ein Mobilitätskonzept bzw. die Machbarkeitsstudie für eine Schienenanbindung des Stadtquartiers mit einer realistischen Finanzierungsperspektive. Gerade die Schienenanbindung wird weitere, erhebliche Belastungen für den städtischen Haushalt nach sich ziehen. Die Schienenanbindung ist eine der Voraussetzungen des Zielabweichungsbescheids des RP Darmstadt vom 12.05.2021.
5. Der Bericht enthält nach wie vor keine Risikoabschätzung zu den beiden Normenkontrollverfahren und der Klage des BUND gegen den Zielabweichungsbescheid des RP Darmstadt– weder juristisch noch finanziell. Hier fehlt in der SV eine substantielle Einschätzung der Stadt, wie sie die Erfolgsaussichten und die finanziellen Folgen der Klageverfahren einschätzt.

Die SV mit Bericht und Anlage werden daher von mir ausdrücklich nicht zustimmend zur Kenntnis genommen.

K. Küpper, 19.12.23



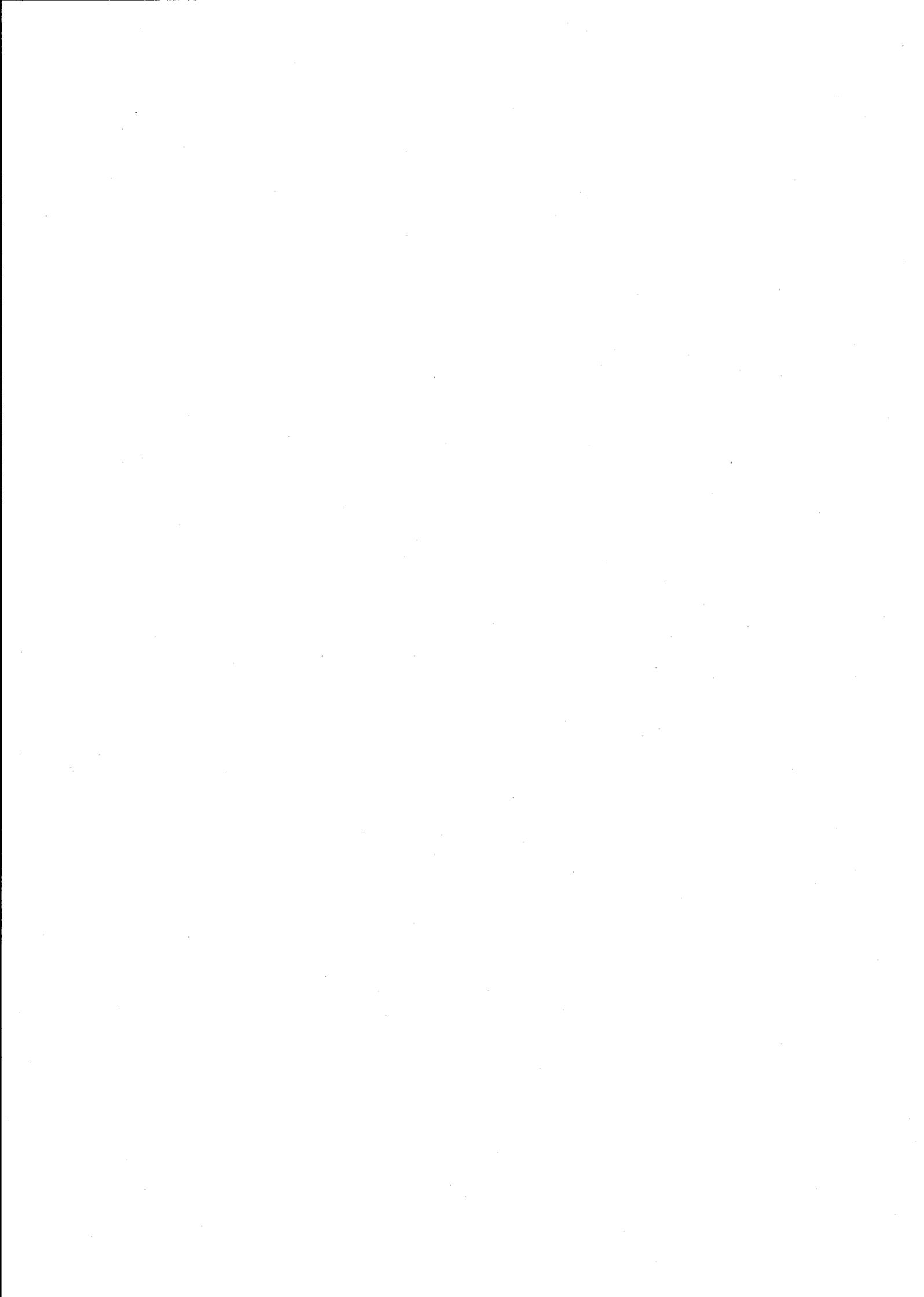
**Persönliche Erklärung des Stadtverordneten Ronny Maritzen zur SV 23-V-61-0061 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Ostfeld" – Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich Kosten- und Finanzierungsübersicht (TOP I.8 StaVo 20.12.23)**

Die SV mit dem Sachstandbericht 2022/2034 und Anlage zur SEM Ostfeld vermittelt nach dem Bericht im letzten Jahr erneut kein vollständiges Bild und überspielt mögliche Risiken dieses Projektes für die LHW.

1. Das Defizit ist binnen nur eines Jahres um 66% oder 75 Mio. Euro auf nunmehr 188 Mio. Euro gestiegen. Das zu finanzierende Defizit des Projektes liegt noch weit höher: In der KoFi werden die Kosten der Entwässerung mit mehr als 30 Mio. Euro nunmehr herausgerechnet und der ELW als Entsorgungsbetrieb zugeschrieben, wobei die Höhe dieser Investitionen weder nachvollziehbar erklärt wird noch die Folgen für den Gebührenhaushalt der ELW bzw. die künftigen Grundstückseigentümer dargestellt werden.
2. Aus dem Haushalt der LHW lässt sich nicht entnehmen, welche Rückstellungen für schwebende Geschäfte und / oder für Verbindlichkeiten nach §249 Abs. 1 S. 1 HGB gebildet werden. Die Gefahr besteht, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt schlagartig drastisch reduzieren wird.
3. Obwohl im Rahmen des europaweiten Wettbewerbs zahlreiche Flächen definiert werden, die für die Infrastruktur oder sonstige Einrichtungen im Stadtquartier (AZH, Schulen, KITA, Sport, Nachversorgung, Energie, Bibliothek, Entwässerung, Trinkwasseraufbereitung, Verkehr, ökologisches Leitbild etc.) freigehalten werden sollen und damit nicht zur Bebauung mit Wohnungen zur Verfügung stehen, geht aus der KoFi nach wie vor nicht hervor, mit welcher „vermarktbarer Nettobaulandfläche“ zu rechnen ist. Im Gegenteil bleibt es bei einer Bruttobaulandfläche von 67,5 ha und einer Einwohnerzahl von 10.000. Dabei müssten zwingend die Fluglärmschutzzonen berücksichtigt werden, die auf die Größe der Baulandfläche nach ersten Berechnungen einen erheblichen Einfluss haben werden. Insofern ist die Höhe der Einnahmen mit einem preisbedingten Rückgang von nur 5 Mio. Euro gegenüber 2022 auf nur noch 653,2 Mio. Euro nicht ausreichend erklärt. Ohne eine Berechnung der für den Wohnungsbau verfügbaren Flächen sowie einer an die aktuelle Bevölkerungsentwicklung angepasste Wohnraumbedarfsanalyse bleibt auch die Frage, wie im Stadtquartier bezahlbarer Wohnraum für 10.000 Menschen geschaffen werden soll, unbeantwortet und wird mit erheblichem finanziellen Risiko weiter in die Zukunft verschoben.
4. Neben dem gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Gutachten zu den Fluglärmschutzzonen fehlen Gutachten zum Artenschutz und zur Existenzsicherung der Landwirte sowie ein Mobilitätskonzept bzw. die Machbarkeitsstudie für eine Schienenanbindung des Stadtquartiers mit einer realistischen Finanzierungsperspektive. Gerade die Schienenanbindung wird weitere, erhebliche Belastungen für den städtischen Haushalt nach sich ziehen. Die Schienenanbindung ist eine der Voraussetzungen des Zielabweichungsbescheids des RP Darmstadt vom 12.05.2021.
5. Der Bericht enthält nach wie vor keine Risikoabschätzung zu den beiden Normenkontrollverfahren und der Klage des BUND gegen den Zielabweichungsbescheid des RP Darmstadt– weder juristisch noch finanziell. Hier fehlt in der SV eine substantielle Einschätzung der Stadt, wie sie die Erfolgsaussichten und die finanziellen Folgen der Klageverfahren einschätzt.

Die SV mit Bericht und Anlage werden daher von mir ausdrücklich nicht zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ronny Maritzen, 19.12.23





CDU-Rathausfraktion | Schlossplatz 6 | 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden

An den Vorsitzenden der  
Stadtverordnetenversammlung  
Herr Dr. Gerhard Obermayr

Telefon: 0611-31 21 59  
Telefax: 0611-31 59 10

Wiesbaden, 20. Dezember 2023

## **Umdruck zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2023**

### **A. Umsetzungswünsche**

- II/12.42 23-V-37-0010 Kernsanierung Feuerwache 1 inklusive Auslagerung

### **B. Protokollerklärungen / Abstimmungsverhalten**

#### **I. Protokollerklärungen**

Die CDU-Fraktion wird analog zum Abstimmungsverhalten in den Haushaltsberatungen (Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 15.-17.11.2023) zu den TOPs II/1.1 bis II/2.68, zu den TOPs III/2.1. bis III/2.4 sowie zu den TOPs IV/1.1. bis IV/1.5 KEIN Votum abgeben. Die CDU-Fraktion spricht sich aber ausdrücklich gegen die Steuer- und Gebührenerhebungen aus.

- II/15 23-V-21-0009 Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen und Klimaschutz  
„Die CDU-Fraktion lehnt die Vorlage ab, da einerseits die Rechtslage unklar ist. Angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung in allen Lebensbereichen sind wir zudem gegen die Erhöhung des Wasserpreises, weil wir das sozial nicht für vertretbar halten“.

- II/22 23-V-41-0021 Abschlussbericht der Historischen Fachkommission zur Überprüfung nach Personen benannter Verkehrsflächen, Gebäude und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden  
„Die CDU-Fraktion nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis. Für das weitere Verfahren wird noch erheblicher Klärungsbedarf gesehen. Auch ist für die CDU-Fraktion die Meinung der demokratisch gewählten Mandatsträger in den betroffenen Ortsbezirken von entscheidender Bedeutung.“
- II/28 23-V-51-0046 Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima (Ablehnung nur zu Beschlusspunkt 2.3)  
„Die CDU-Fraktion stimmt aufgrund vorhergehender Ablehnung zu dort genannten Maßnahmen hinsichtlich BP 2.3 mit „Nein“.“
- II/36 23-V-70-0006 Jahresabschluss 2022 der ELW – Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung  
„Die CDU-Fraktion nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis; die überplanmäßige Ausschüttung wird in Anbetracht der auf breiter Front entstehenden Gebührenerhöhungen abgelehnt.“

## **II. Abstimmungsverhalten**

### **Tagesordnung II**

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/15 23-V-21-0009 Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen und Klimaschutz
- II/28 23-V-51-0046 Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima (Ablehnung nur zu Beschlusspunkt 2.3)
- II/36 23-V-70-0006 Jahresabschluss 2022 der ELW – Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Dr. Gerhard Obermayr  
- im Hause -

Wiesbaden, 20.12.2023

**Protokollnotiz und Abstimmungsverhalten der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2023**

**1. Protokollerklärungen**

- **II/2.7** *Beitritt zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“*

Die FDP-Fraktion unterstützt den Beitritt zur Charta. Einen daraus resultierenden höheren Personalbedarf sieht die FDP-Fraktion jedoch nicht gegeben. Sollten sich im Rahmen der Umsetzung der Charta ein höherer Personalbedarf ergeben, ist das Referat der Kommunalen Frauenbeauftragten - ebenso wie alle anderen städtischen Dienststellen – aufgefordert, diesen Bedarf durch Prioritätensetzung sowie Aus- und Aufgabenkritik aus bestehenden Mitteln zu decken.

- **II/2.8** *Hauptamtliche/r Nachtbürgermeister/in*

Die FDP-Fraktion unterstützt den Wunsch nach einer hauptamtlichen Besetzung des Nachtbürgermeisters, der eine Brücke zwischen der Stadtverwaltung, Bürgern, Kulturschaffenden und Gastronomiebrücken schlagen soll. Auch die neue Verortung des Nachtbürgermeisters beim Wirtschaftsdezernat und dem City-Manager (statt beim Kulturdezernat) unterstützen wir.

Angesichts der Haushaltslage lehnt die FDP-Fraktion neue Stellen jedoch ab. Ein hauptamtlicher Nachtbürgermeister ist daher nur innerhalb des derzeitigen Personalkontingents und des derzeitigen Personalbudgets vorstellbar.

- **II/2.9** *Verlängerung Arbeitsmarktprojekt „Neue Wege in den Beruf“ von 2023-2026*

Die FDP-Fraktion sieht die enorm hohen Kosten pro Teilnehmer kritisch. Von knapp 90.000 Euro Kosten pro Teilnehmer kommen bei den Teilnehmern nur etwas mehr als 33.000 Euro Lohn an. Die Erfolgsquote (Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt) liegt bei nur 43 Prozent. Vor diesem Hintergrund, der städtischen Haushaltslage und der derzeit ohnehin bestehenden großen Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem ersten Arbeitsmarkt muss das Projekt in Frage gestellt werden.

- **II/2.13** *Open-Data-Strategie*

Die FDP-Fraktion unterstützt den Wunsch nach einer Open-Data-Strategie vollumfänglich. Die in der Vorlage ursprünglich beantragten Personalressourcen können jedoch nicht nachvollzogen werden. Die Hinweise der Kommunalaufsicht fordern ein, dass zusätzliche Stellen nur bei unabweisbarem Bedarf geschaffen werden. Diese lagen nicht vor. Die FDP-Fraktion begrüßt, dass der Personalmehrbedarf durch die Umwidmung bestehender Stellen gedeckt wird. Eine Zusetzung der Personalbudgets lehnen wir ab und fordern eine Deckung innerhalb des bestehenden Budgets.

### **II/2.15** *Neubau Haus der Vereine Igstadt*

Die FDP-Fraktion unterstützt den Neubau des Hauses der Vereine in Igstadt weiterhin und hat entsprechende Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro im eigenen Haushaltsvorschlag berücksichtigt. Die FDP-Fraktion kritisiert den Stopp des Projekts durch Grüne, SPD, Linke & Volt und unterstützt die Haltung des Ortsbeirats.

- **II/2.18** *Haushalt 2024/25 – Erläuterungen zu den weiteren Bedarfen des Personalamtes mit stadtweiten Auswirkungen*

Die FDP-Fraktion unterstützt die Mehrzahl der in der Vorlage enthaltenen Maßnahmen. Für die Maßnahmen „Weiterführung der kostenlosen Schwimmbadnutzung“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und „Führungskräftecoaching“ hat die FDP-Fraktion die beantragten Mittel i.H.v. insgesamt 290.000 Euro vollständig im eigenen Haushaltsvorschlag berücksichtigt.

Für die „Maßnahmen integriertes Gesundheitsmanagement“ hat die FDP-Fraktion im eigenen Haushaltsentwurf 53.000 Euro vorgesehen, um die wichtigen Vorsorgeuntersuchungen zu erhalten und so neben der Stärkung der Arbeitgebermarke auch eine Reduzierung der Krankheitszeiten zu erreichen.

Bei der „Praktikantenvergütung für Fachoberschüler“ geht die FDP-Fraktion sogar über den Antrag des Magistrats (39.000 Euro) hinaus und beantragt 51.000 Euro, um eine faire Bezahlung der Fachoberschüler sicherzustellen.

Das kostenfreie Jobticket für Mitarbeiter wird fortgesetzt. Die benötigten Mittel hat die FDP-Fraktion ihrem Haushaltsantrag in voller Höhe berücksichtigt.

- **II/2.29** *Personalmehrbedarf im Standesamt*

Die FDP-Fraktion verweist darauf, dass die Digitalisierung der papiergebundenen Personenstandsregister verpflichtend ist. Der Magistrat hatte hierzu 4,5 zusätzliche Stellen beantragt. Die FDP-Fraktion kann das Vorgehen des Magistrats nicht nachvollziehen.

Für diese verpflichtenden Aufgaben sind entweder nicht-besetzte Stellen und Personalbudgets aus dem betroffenen Amt oder aus anderen Ämtern heranzuziehen. Sollte auch dies nicht gelingen, müssen Mitarbeiter aus dem Ordnungsamt oder anderen Ämtern auf die entsprechenden Stellen versetzt werden. Die FDP-Fraktion erwartet einen kurzfristigen Bericht an die Stadtverordnetenversammlung, sollte ein Verzug beim Projekt drohen.

- **II/2.30** *Digitalisierung der Waffen- und Unteren Jagdbehörde*

Die FDP-Fraktion verweist auf ihren Haushaltsbegleitantrag zur Kosteneinsparung durch eine zentrale Aktenverscannung. Die darüber hinaus notwendigen Mittel hätten schon in 2024 durch eine Priorisierung der Aufgaben innerhalb des Kämmererentwurfes abgebildet werden können. Die FDP-Fraktion unterstützt eine kurzfristige Umsetzung der Digitalisierung der Waffen- und Jagdbehörde.

- **II/2.31 Personalmehrbedarf in der Fahrerlaubnisbehörde**

Die FDP-Fraktion verweist darauf, dass der Umtausch für die Führerscheininhaber verpflichtend ist. Es droht ein langer Rückstau der Anträge mit langen Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Das ist nicht hinnehmbar.

Zusätzliche Personalstellen für den Umtausch sind angesichts der städtischen Haushaltslage nicht angebracht, angesichts des Stellenaufwuchses in der Verwaltung in den letzten Jahren aber auch nicht notwendig. Für diese verpflichtenden Aufgaben sind entweder nicht-besetzte Stellen und Personalbudgets aus dem betroffenen Amt oder aus anderen Ämtern heranzuziehen. Sollte auch dies nicht gelingen, müssen Mitarbeiter aus dem Ordnungsamt oder anderen Ämtern auf die entsprechenden Stellen versetzt werden.

- **II/2.39 Betreuungsplätze für die Wiesbadener Bevölkerung im Krisen-/Katastrophenfall, Grundsatzvorlage zur Ertüchtigung städtischer Gebäude**

Die FDP-Fraktion fordert, die entsprechende Ertüchtigung trotz der angespannten Haushaltslage nicht auf die lange Bank zu schieben. Die offenen finanziellen und organisatorischen Fragen müssen zügig geklärt und die Maßnahmen baldigst begonnen werden.

- **II/2.40 Personeller, räumlicher und finanzielle Auf- und Ausbau der Rettungsdienstschule**

Die FDP-Fraktion erkennt die Notwendigkeit einer rettungsdienstlichen Ausbildung durchaus an. Wir haben den Aufbau einer eigenen Rettungsdienstschule aufgrund des erheblichen personellen und finanziellen Aufwandes immer kritisch gesehen und wünschen uns weiterhin eine interkommunale Zusammenarbeit beim Ausbau der Ausbildungskapazitäten.

Angesichts der Kürzungen, die Grüne, SPD, Linke und Volt in den Haushaltsberatungen vorgenommen haben, ist für die FDP-Fraktion unklar, wie die Mehrheitsfraktionen mittelfristig die notwendigen Ausbildungskapazitäten aufbauen wollen.

- **II/2.41 Sicherheit der IT Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden**

Die FDP-Fraktion unterstützt das Vorhaben der Feuerwehr, in die Sicherheit der eigenen IT-Systeme zu investieren. Die erforderlichen Mittel für Investitionen und Beschaffungen in Höhe von 1,458 Mio. Euro hat die FDP-Fraktion in ihrem Haushaltsantrag vollständig berücksichtigt.

Auch den notwendigen Personalbedarf erkennt die FDP-Fraktion in vollem Umfang an. Die erforderlichen Personalkosten sollen innerhalb des bestehenden Budgets gedeckt werden. Dabei schlägt die FDP-Fraktion vor, das Personalbudget der Feuerwehr nicht weiter zu belasten, sondern die Personalbudgets aller Ämter zur Deckung heranzuziehen.

- **II/2.42 Kernsanierung Feuerwache 1 inklusive Auslagerung**

Die FDP-Fraktion ist erfreut, dass die öffentliche Kritik an den Arbeitsbedingungen in der Feuerwache 1 zu einer zügigen Lösung geführt hat.

Die FDP-Fraktion hält an ihrer Kritik an der undurchsichtigen Vorgehensweise des Magistrats bei den verschiedenen Anmietungen in der nun auch für die Auslagerung der derzeit in der Feuerwache 1 untergebrachten Organisationseinheiten vorgesehenen Liegenschaft fest.

Die FDP-Fraktion kritisiert die offensichtlich erneut mangelhafte Kommunikation des Dezernats des Oberbürgermeisters mit der Freiwilligen Feuerwehr. Zum wiederholten Male entsteht der Eindruck, dass die Kommunikation mit den Freiwilligen Feuerwehren unserer Stadt entweder gänzlich unterbleibt oder nicht mit nicht der notwendigen Wertschätzung für dieses wichtige Ehrenamt stattfindet.

- **II/2.45 Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; strukturelle und personelle Anpassungen im Sachgebiet Wohngeldbehörde des Sozialleistungs- und Jobcenters**

Die FDP-Fraktion erkennt den grundsätzlichen Personalbedarf an. Zusätzliche Personalstellen sind angesichts der städtischen Haushaltslage nicht angebracht, angesichts des Stellenaufwuchses in der Verwaltung in den letzten Jahren aber auch nicht notwendig. Für diese verpflichtenden Aufgaben sind entweder nicht-besetzte Stellen und Personalbudgets aus dem betroffenen Amt oder aus anderen Ämtern heranzuziehen. Sollte auch dies nicht gelingen, müssen Mitarbeiter aus dem Sozialleistungs- und Jobcenter oder anderen Ämtern auf die entsprechenden Stellen versetzt werden.

- **II/2.53 Personalmehrbedarf Amt 63**

Die FDP-Fraktion erkennt den grundsätzlichen Personalbedarf an. Zusätzliche Personalstellen sind angesichts der städtischen Haushaltslage nicht angebracht, angesichts des Stellenaufwuchses in der Verwaltung in den letzten Jahren aber auch nicht notwendig. Für diese verpflichtenden Aufgaben sind entweder nicht-besetzte Stellen und Personalbudgets aus dem betroffenen Amt oder aus anderen Ämtern umzuwidmen.

Die Entscheidung der Mehrheit von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linken und Volt, nur eine – nach Aussagen des Magistrats – rentierliche Stelle zu beschließen, die Stelle für wiederkehrende Prüfungen trotz der vom Magistrat bescheinigten Dringlichkeit und der Tatsache, dass diese Pflichtaufgabe offensichtlich nicht ausreichend wahrgenommen werden kann jedoch abzulehnen, zeugt von falscher falscher Prioritätensetzung seitens der Linkskooperation. Der Magistrat ist gefordert, innerhalb des Haushaltsvollzugs eine Lösung vorzulegen, die durch eine Aufgabepriorisierung die Wahrnehmung der wiederkehrenden Prüfungen sicherstellt.

## **2. Abstimmungsverhalten**

Die FDP-Fraktion stimmt mit ENTHALTUNG zu:

- **II/1.8 Einsparungen im Verwaltungsvollzug**
- **II/1.12 Verbesserte Einnahmeerwartung (außer BP I.6, dort Ablehnung)**
- **II/1.16 Einsparung bei Sach- und Energiekosten**
- **II/1.24 Kostenloses Schwimmen für Kinder und Jugendliche in den Schulferien**

- **II/1.32** Anpassung der Satzung über die Benutzung der Stadtbibliotheken der Landeshauptstadt Wiesbaden
- **II/1.33** Vereinfachung der Haushaltsaufstellung und -ausführung im Rahmen der SAP/Hana4-Einführung
- **II/1.34** Immobilie Villa Clementine durch Gastro-Nutzung aufwerten
- **II/1.37** Einfahrtsmanagement für Fußgängerzonen – Pilotprojekt Wellritzstraße
- **II/1.45** Zuschussliste Kultur
- **II/2.6** WJW Wirtschaftsplan 2024/2025 inkl. Projekt „horizontale Mobilität“
- **II/2.9** Verlängerung Arbeitsmarktprojekt „Neue Wege in den Beruf“ von 2023-2026
- **II/2.12** Smart City (nur BP 1, sonst Ablehnung)
- **II/2.32** Mittelbedarf für gefahrenabwehrbehördliche Maßnahmen
- **II/2.33** Zusätzliche Mittel für die Arbeit des Präventionsrates der Landeshauptstadt Wiesbaden
- **II/2.42** Kernsanierung Feuerwache 1 inklusive Auslagerung (nur BP 2.1 bis 2.3, sonst Zustimmung)
- **II/14** Entwurf des Haushaltsplanes 2024/2025 – Wirtschaftspläne der Gesellschaften
- **II/30** Investitionszuschuss an den Träger Lebenshilfe e.V.
- **II/34** Werbenutzungsvertrag ab 2026 – Grundsatzvorlage
- **IV/2** Cash-Pooling zwischen der Wiesbadener Jugendwerkstatt gGmbH und der TriWiCon

Die FDP-Fraktion stimmt mit NEIN zu:

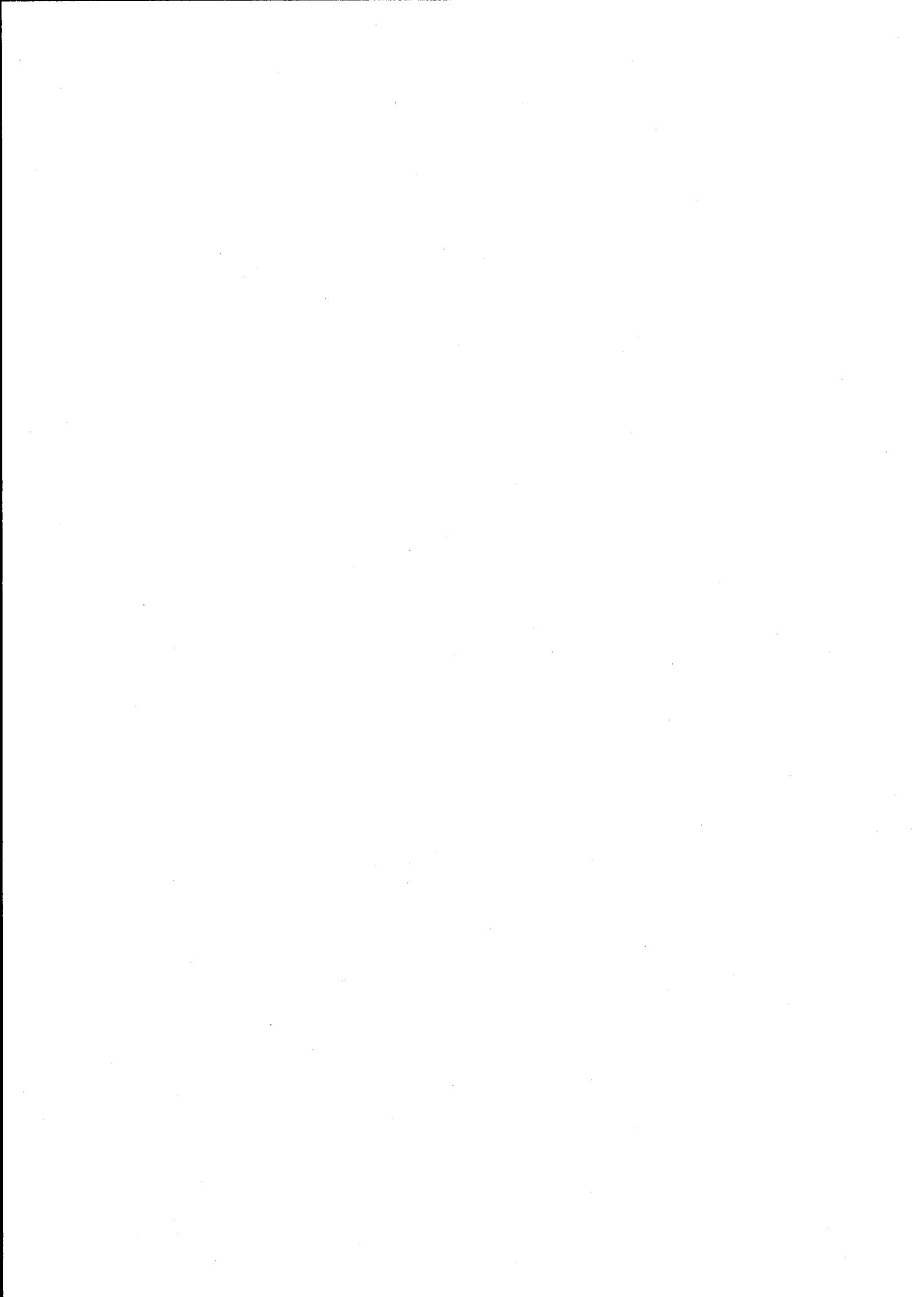
- **II/1.6** Gewerbesteuererwartung im Haushaltsplan 2024 & Bildung einer Gesonderten Risikovorsorge
- **II/1.7** Bildung eines Erweiterten Budgets für Instandhaltungsmaßnahmen aus Restmitteln des Haushaltsjahres 2023
- **II/1.9** Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes
- **II/1.10** Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen und Klimaschutz
- **II/1.11** Ergebnisverbesserungen bei den städtischen Beteiligungen
- **II/1.13** Anpassung der Spielapparatesteuersatzung
- **II/1.14** Zweitwohnungssteuersatzung
- **II/1.23** Umzug von Verwaltungseinheiten in das Atrium-Haus (nur BP 1, sonst Zustimmung)
- **II/1.27** Bündelung des Beratungsangebotes der verschiedenen Anlaufstellen für ehrenamtliches Engagement (nur BP 3, sonst Zustimmung)
- **II/1.36** Denkmäler und Brunnen der LHW nicht beleuchten
- **II/1.38** Klärung der Subventionierung der Parkgebühren des Parkhauses am Elsässer Platz
- **II/1.41** Etablierung von zwei Stadtteilbüros in den Jahren 2025 und 2026
- **II/1.43** Kosten Kinderbetreuung
- **II/2.5** Personalmehrbedarf im Referat für Wirtschaft und Beschäftigung
- **II/2.7** Beitritt zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ (nur BP 2.2-2.7, sonst Zustimmung)
- **II/2.8** Hauptamtliche/r Nachtbürgermeister/in (nur BP 2, sonst Zustimmung)

- **II/2.11** Finanzierung ÖPNV/ESWE Verkehrsgesellschaft mbH im Haushalt 2024/2025
- **II/2.13** Open-Data-Strategie der Landeshauptstadt Wiesbaden (nur BP 2.4-2.6, sonst Zustimmung)
- **II/2.14** Konzept Zentrales Fördermanagement (nur BP 2.3, sonst Zustimmung)
- **II/2.15** Neubau Haus der Vereine Igstadt (nur BP 2.3, sonst Zustimmung)
- **II/2.17** Einrichtung eines kommunalen Arbeitsmarktbüros
- **II/2.19** Sachstandsbericht und Ausrichtung Amt 15 (nur BP 2.3.-2.7, sonst Zustimmung)
- **II/2.21** Ausrichtung Stellenplanmanagement (nur BP 2.4, sonst Zustimmung)
- **II/2.22** Stellenplan 2024/2025
- **II/2.23** Geplante Stellenneuschaffungen bei 20 (nur BP 2.3, sonst Zustimmung)
- **II/2.27** Personalmehrbedarf beim Liegenschaftsamt
- **II/2.28** Zusetzung einer Stelle mit Budget im Bereich Datenschutz (nur BP 2, Satz 1 i.d.F. von III/20, sonst Zustimmung)
- **II/2.35** Personalmehrbedarfe im Umweltamt
- **II/2.36** Personal- und Finanzmittel für das Klimabudget 2024/2025
- **II/2.45** Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; strukturelle und personelle Anpassungen im Sachgebiet Wohngeldbehörde des Sozialleistungs- und Jobcenters (nur BP 2, sonst Zustimmung)
- **II/2.48** Aufstockungsbedarf Handlungsprogramm Jugend ermöglichen – zusätzliche Bedarfe 2024ff
- **II/2.49** Einführung von Verfahrenslotsen gemäß § 10 b SGB VII in Wiesbaden (nur BP 2, sonst Zustimmung)
- **II/2.52** Bildung einer Arbeitsgruppe Satzungsvollzug
- **II/2.53** Personalmehrbedarf Amt 63 (nur BP 2, sonst Zustimmung)
- **II/2.54** Stellenbedarfe in den Bereichen Objektmanagement und Technik (nur BP 2.2, sonst Zustimmung)
- **II/2.55** Schaffung einer zusätzlichen Stelle eines Gebäudereinigemeisters zur Qualitätskontrolle im Sachgebiet Reinigungsmanagement im Hochbauamt
- **II/2.56** Realisierung Klimaschutz am Bau
- **II/2.57** Ausbau Gebäudeleittechnik im Energiemanagement des Hochbauamtes
- **II/2.58** Umwidmung von zwei Stellen für die verkehrsrechtlichen Anordnungen im Tiefbau- und Vermessungsamt
- **II/2.59** Betrieb E-Mobility-Hub
- **II/2.60** Zusätzliches Personal für die Verkehrsplanung: Fußverkehrsbeauftragte:r
- **II/2.61** Zusätzliches Personal für die Verkehrsplanung: Sicherheitsauditor:in für Innerortsstraßen
- **II/2.62** Neubesetzung einer Stelle in der Koordination
- **II/2.63** Zusätzlicher Personalbedarf für die ämterübergreifende Verfahrensbetreuung der stadtweit genutzten GIS-gestützten Auskunftsplattform – WILAP (Wiesbadener LiegenschaftsAuskunftsPlattform)
- **II/2.64** Personalmehrbedarf aufgrund organisatorischer Veränderungen im Grünflächenamt (nur BP 2.1-2.4, sonst Zustimmung)
- **II/2.66** Wirtschaftsplan 2024/2025 und Mittelfristplanung 2026/2027 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
- **II/2.67** Wirtschaftspläne 2024 - 2025 des Eigenbetriebs TriWiCon (TWC) und der Wiesbaden Congress & Marketing GmbH (WICM)
- **II/15** Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen und Klimaschutz
- **II/16** Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

- **II/36** Jahresabschluss 2022 der ELW – Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung (nur BP 3, sonst Zustimmung)
- **II/37** Angepasster Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanungen 2025 - 2028, abschließende Feststellung der Gebührennachberechnung 2018, Gebührenvorkalkulation 2024 und Satzungsänderung
- **II/40** Aktualisierung Wirtschaftspläne 2023 TriWiCon und Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- **IV/1.1** Haushaltsplanaufstellung 2024/2025 - Entwurf der Finanz- und Erfolgsplanung für die Jahre 2024 bis 2027 der WVV Wiesbaden Holding GmbH
- **IV/1.2** Eigenkapitaleinlage Bodenbevorratung SEG
- **IV/1.4** Anmietung von Büro- und Funktionsflächen für das Amt 34 für Straßenverkehr und Stadtpolizei im Gustav-Stresemann-Ring 15

Christian Diers  
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild  
Fraktionsgeschäftsführerin





Wiesbaden, 26.09.2023

## Protokollnotiz der AfD-Fraktion zur STVV am 28.09.2023

### ÄNDERUNGEN ZUR TAGESORDNUNG I

1. Vorschläge zur Umsetzung

keine

2. Vorschläge zur Absetzung

Keine

### PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER AfD-FRAKTION

3. Protokollerklärungen der AfD-Fraktion zu folgenden Tagesordnungspunkten

4. Abstimmungsverhalten

4.1 Tagesordnung II

Die AfD-Fraktion stimmt mit Nein zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- |   |              |
|---|--------------|
| • II/1.1 Roadmap zur Reduzierung der Bürofläche vorlegen              | 23-F-05-0011 |
| • II/1.6 Gewerbesteuererwartung im Haushaltsplan 2024                 | 23-F-63-0104 |
| • II/1.9 Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes                        | 23-F-63-0107 |
| • II/1.10 Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen      | 23-F-63-0108 |
| • II/1.11 Ergebnisverbesserungen bei den städtischen Beteiligungen    | 23-F-63-0109 |
| • II/1.12 Verbesserte Einnahmeerwartung                               | 23-F-63-0110 |
| • II/1.14 Zweitwohnungssteuersatzung                                  | 23-F-63-0113 |
| • II/1.17 Ideenwettbewerb für die Stadtverwaltung                     | 23-F-63-0116 |
| • II/1.18 Serverräume zentralisieren                                  | 23-F-63-0117 |
| • II/1.19 Organisationsuntersuchungen und Strukturreformen            | 23-F-63-0119 |
| • II/1.22 Verwaltungsstandort Weidenbornstraße                        | 23-F-63-0121 |
| • II/1.23 Umzug von Verwaltungseinheiten in das Atrium-Haus           | 23-F-63-0122 |
| • II/1.24 Kostenloses Schwimmen für Kinder und Jugendliche            | 23-F-63-0123 |
| • II/1.29 Umgang mit Personalstellen                                  | 23-F-63-0129 |
| • II/1.30 Prüfung der Ausweitung der Mandantenregelung                | 23-F-63-0130 |
| • II/1.32 Anpassung der Satzung über die Benutzung der Stadtbiblio... | 23-F-63-0132 |

- II/1.34 Immobilie Villa Clementine durch Gastro-Nutzung aufw... 23-F-63-0134
- II/1.38 Klärung der Subventionierung der Parkgebühren 23-F-63-0138
- II/1.39 Parkplatzbewirtschaftung und Parkplatzpooling 23-F-63-0139
- II/1.41 Etablierung von zwei Stadtteilbüros in den Jahren 2025 und 2026 23-F-63-0141
- II/1.42 Dynamisierung der Zuschüsse gemäß Jugendhilfekommission 23-F-63-0142
- II/1.45 Zuschussliste Kultur 23-F-63-0148
- II/9. Vorabfreigaben von Mitteln des Dezernates V für das erste... 23-V-05-0097
- II/10. Vorabfreigaben von Mitteln des Dezernates VI für das erste... 23-V-06-0008
- II/11. Bericht zur Umsetzung des Wohngeld-Plus 23-V-06-0009
- II/14. Entwurf des Haushaltsplanes 2024 / 2025 23-V-20-0043
- II/15. Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen... 23-V-21-0009
- II/16. Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben 23-V-33-0004
- II/17. Verwendung der Mittel aus dem städtischen Klimabudget 23-V-36-0020
- II/22. Abschlussbericht der Historischen Fachkommission... 23-V-41-0021
- II/24. Vorabfreigabe Kultur 1. Halbjahr 2024 23-V-41-0024
- II/25. Verlängerung des Betrauungsakts zugunsten des Kulturzentrums.. 23-V-41-0025
- II/26. Wirtschaftsplan 2024 der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden 23-V-41-0026
- II/28. Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima 23-V-51-0046
- II/32. Bierstadt Nord - Städtebaulicher Vertrag – Mehrkosten 23-V-66-0004
- II/34. Werbenutzungsvertrag ab 2026 – Grundsatzvorlage 23-V-66-0007
- II/37. WLW (81)Angepasster Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfrist... 23-V-81-0005
- II/38. Frauenförder- und Gleichstellungsplan der TriWiCon 2023 -... 23-V-82-0004

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/1.33 Vereinfachung der Haushaltsaufstellung 23-F-63-0133
- II/7. Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates I für das 1. Halbjahr... 23-V-01-0026
- II/13. Auswirkungen der Energiepreislage für die LHW 23-V-20-0041
- II/18. Protokoll des Klimaschutzbeirates vom 7. September 2023 23-V-36-0023
- II/40. Aktualisierung Wirtschaftspläne 2023 TriWiCon und... 23-V-82-0009

Die AfD-Fraktion wird, wie schon zu den HH-Beratungen (15.-17.11.2023), zu den folgenden Punkten der TOII **KEIN Votum** abgeben:

- II/2.1 Handlungsprogramm Jugend 22-V-51-0050
- II/2.3 – 2.25
- II/2.27 – 2.68

## 5.2 Tagesordnung III

Die AfD-Fraktion wird, wie schon zu den HH-Beratungen (15.-17.11.2023), zu den folgenden Punkten der TOIII KEIN Votum abgeben:

- III/2.1 – 2.4

Die AfD-Fraktion stimmt mit Zustimmung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- III/7. – III/33.

Die AfD-Fraktion stimmt mit Ablehnung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- III/5. Gewerbesteuerhebesatz und Spielapparatesteuersatzung 23-V-21-0008
- III/34. Bebauungsplan "Östlich der Rheintalstraße" im Ortsbezirk... 23-V-61-0064
- III/41. Zweitwohnungssteuersatzung 23-V-63-0155

Die AfD-Fraktion stimmt mit Enthaltung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- III/6. Änderung der Sondernutzungssatzung zur Gebührenerhebung... 23-V-34-0004

## 5.3 Tagesordnung IV

Die AfD-Fraktion wird, wie schon zu den HH-Beratungen (15.-17.11.2023), zu den folgenden Punkten der TOIV KEIN Votum abgeben:

- IV/1.1 – 1.5

Die AfD-Fraktion stimmt mit Ablehnung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/6. Anpassung bestehender Gestattungsverträge zur Lade... 23-V-66-0009

Die AfD-Fraktion stimmt mit Enthaltung zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/5. Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutz...23-V-36-0022

## 5. Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

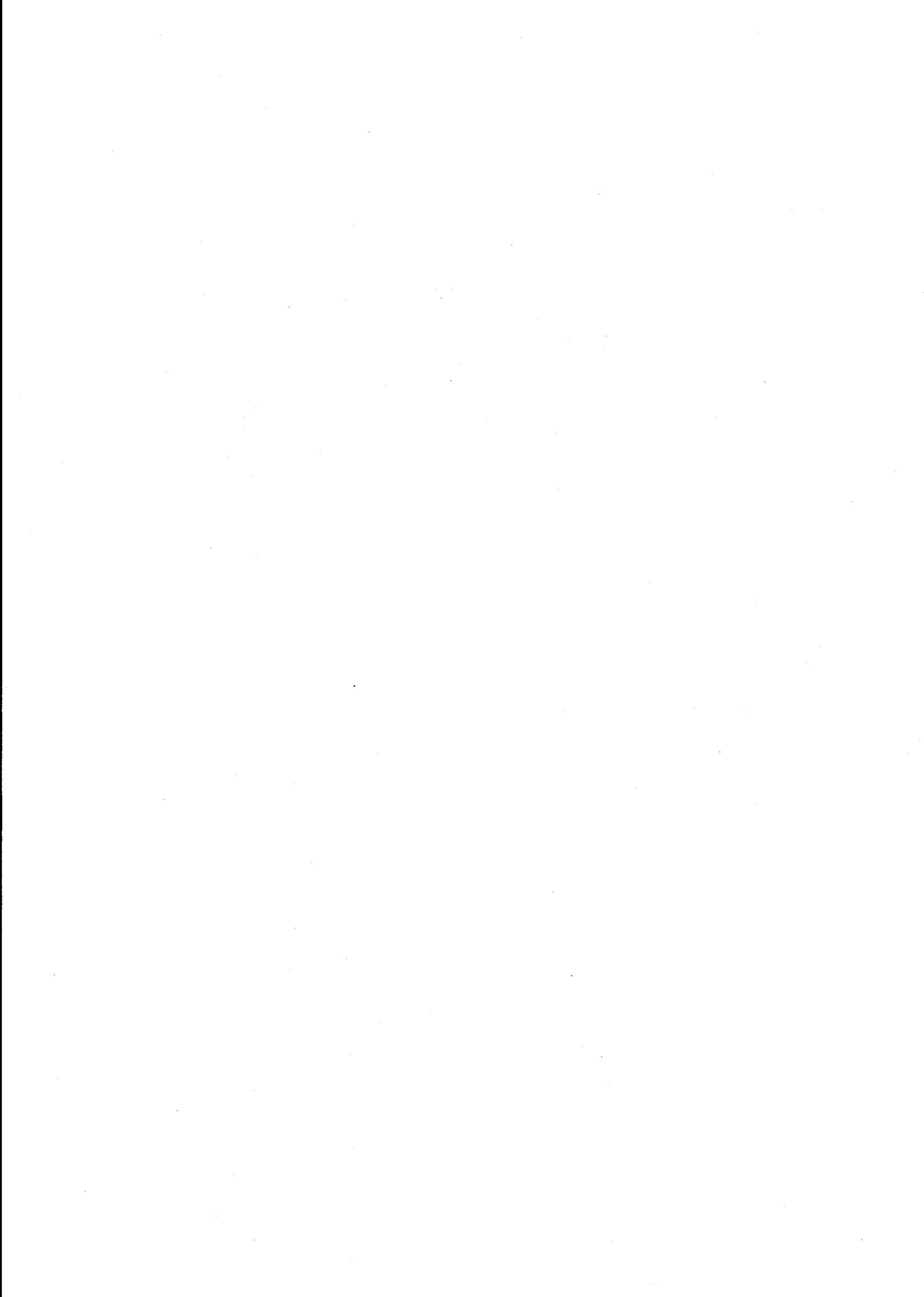
Werden von Amt 16 gesammelt

Mit freundlichen Grüßen

*Stefan Beckmann*

*Büroleiter*

*AfD-Rathausfraktion Wiesbaden*



An Hr. Dr. Jörn Heimlich  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
Im Hause

Wiesbaden, den 19.12.2023

Protokollnotizen und Abstimmungsverhalten der Stadtfraktion Die Linke In der Stadtverordnetenversammlung vom 20.12.2023

1. Protokollerklärungen

- **II/28 23-V-51-0046 Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima**

*„Die Linke Stadtfraktion Wiesbaden betrachtet den Bericht als unzureichend in Bezug auf die Prüfung von Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.“*

- **II/40 23-V-82-0009 Aktualisierung Wirtschaftspläne 2023 TriWiCon und Wiesbaden Congress & Marketing GmbH**

*„Die Linke Stadtfraktion kritisiert den deutlich zu hohen Betriebskostenzuschuss. Wir erwarten, dass der Betriebskostenzuschuss perspektivisch weiter gesenkt wird.“*

2. Abstimmungsverhalten

2.1 Tagesordnung II

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige

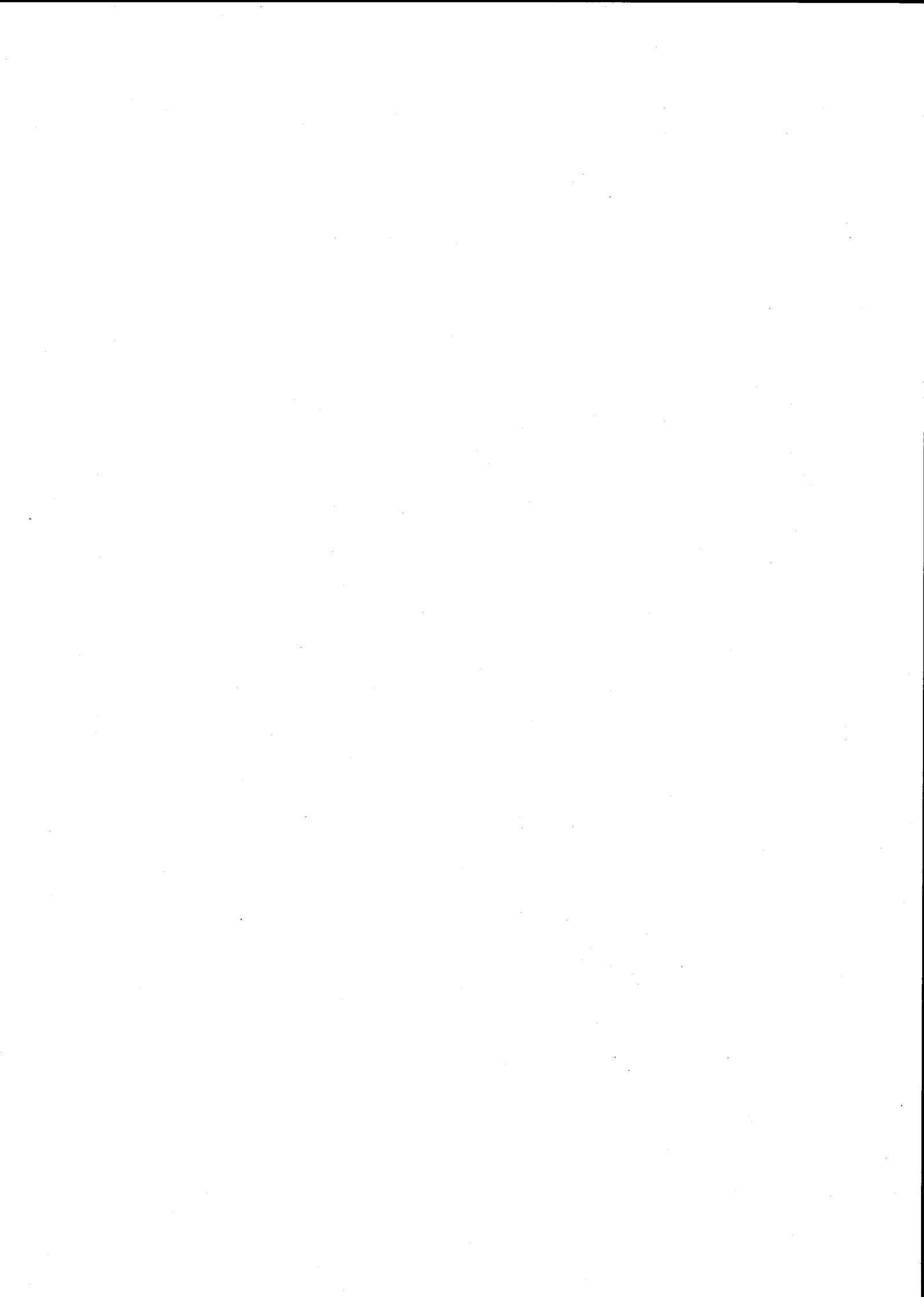
2.2 Tagesordnung IV

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige

Die Linke Stadtfraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- Fehlanzeige



# BLW/ULW/BIG

Rathausfraktion

BLW/ULW/BIG Rathausfraktion  
Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Gerhard Obermayr  
- Im Hause -

## BLW/ULW/BIG

Rathausfraktion

Rathaus Zimmer 306  
Schloßplatz 6  
65183 Wiesbaden

Fraktionsvorsitzende:  
Renate Kienast-Dittrich  
Stellv. Fraktionsvorsitzende:  
Veit Wilhelmy, Faissal Wardak

Telefon: 0611 313303 / 313309  
Fax: 0611 315999

Mail: blw-ulw-big@wiesbaden.de

Wiesbaden, den 19.12.2023

Sehr geehrter Herr Obermayr,  
wir möchten Ihnen folgende Mitteilung der Fraktion BLW/ULW/BIG zur Kenntnis geben:

### 1. Protokollerklärungen

/

### 2. Abstimmungsverhalten

#### 2.1 Tagesordnung II

Die Fraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/1.6 **23-F-63-0104** Gewerbesteuererwartung im Haushaltsplan 2024 & Bildung einer Gesonderten Risikovorsorge
- II/1.9 **23-F-63-0107** Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes
- II/1.13 **23-F-63-0111** Anpassung der Spielapparatesteuersatzung
- II/1.14 **23-F-63-0113** Zweitwohnungssteuersatzung
- II/1.36 **23-F-63-0136** Denkmäler und Brunnen der LHW nicht beleuchten
- II/38 **23-V-82-0004** Frauenförder- und Gleichstellungsplan der TriWiCon 2023 - 2028

Renate Kienast-Dittrich stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/1.5 **23-F-63-0103** Einjähriger Haushalt
- II/1.8 **23-F-63-0106** Einsparungen im Verwaltungsvollzug
- II/1.10 **23-F-63-0108** Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen und Klimaschutz
- II/1.12 **23-F-63-0110** Verbesserte Einnahmeerwartung

Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

II/1.11 **23-F-63-0109** Ergebnisverbesserungen bei den städtischen Beteiligungen

Faissal Wardak und Veit Wilhelmy stimmen mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/1.5 **23-F-63-0103** Einjähriger Haushalt
- II/1.8 **23-F-63-0106** Einsparungen im Verwaltungsvollzug
- II/1.10 **23-F-63-0108** Einführung eines Nachhaltigkeitsbeitrages Wassersparen und Klimaschutz

Veit Wilhelmy stimmt mit **Enthaltung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- II/1.12 **23-F-63-0110** Verbesserte Einnahmeerwartung

## 2. 2 Tagesordnung IV

/

Renate Kienast-Dittrich  
Fraktionsvorsitzende

i.A. Andrea Monzel  
Fraktionsreferentin